



Interessengemeinschaft
Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein



IG BOHR Bahnprotest am Ober- und Hoch-Rhein

Herrn
Hartmut Mehdorn
Vorstandsvorsitzender der
Deutschen Bahn AG
Potsdamer Platz 2
Berlin

2. 4. 2007

Betr.: Ausbau der Rheintalbahn, Bereich Offenburg-Freiburg

Sehr geehrter Herr Mehdorn,

die Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene war schon immer vernünftig und bleibt es umso mehr, nachdem sich das Güteraufkommen in der jüngsten Vergangenheit steil nach oben entwickelt hat und unvermindert ansteigt. Neue Schienenwege sind daher zweifellos ein Muss. Aber jetzt rächen sich die Sünden der Vergangenheit, denn mit dem enormen Zuwachs des Güterverkehrs auf der Schiene ist ein noch stärkerer Zuwachs des Schienenverkehrslärms verbunden, der den Menschen nicht mehr weiter zugemutet werden kann, auch wenn die heute gültigen Verwaltungsvorschriften das so sehen.

Ich erlaube mir, Ihnen in der Anlage eine kurzgefasste Übersicht über die „Lärmprivilegien“ der Bahn beizufügen, die über die 16. Bundesimmissionsschutz-Verordnung auch noch rechtens sind – die eigentliche Ursache für die gegen Null gehende Akzeptanz neuer (und vermehrt auch alter) Schienenwege durch die Bevölkerung. Die 16. BImSchV ist in wesentlichen Teilen ein Anachronismus, der nicht mehr ins 21. Jahrhundert passt: Sie schützt den Bahnlärm vor den Bürgern und entlastet die Kassen von Bahn und Staat und diese damit vor der Verantwortung für den Schutz der Gesundheit, der Lebensqualität und die Zukunftsperspektiven der Bürger. Die „Rechtmäßigkeit“ dieser Verordnung ist dem Bürger heute nicht mehr vermittelbar.

Der kurzfristig installierte „Schienenbonus“ erweist sich immer mehr als Rohrkrepierer, denn er hat seit mehr als 25 Jahren aus Sicht der Bahn „erfolgreich“ die Sanierung des Rollenden Materials verhindert. Dieser Zeitverlust ist in den nächsten 40 Jahren nicht aufzuholen, wie selbst Mitarbeiter Ihres Hauses unumwunden zugeben. Mit einer erst auf lange Sicht „leisen“ Bahn lassen sich die Menschen nicht trösten – sie wollen **h e u t e** ruhig schlafen.

Nur auf der Basis von „Mittelungspegeln“, „Schienenbonus“ und „BüG“ ist es heute überhaupt noch möglich, Schienenwege durch dicht besiedelte Regionen zu bauen. Solche Schienenwege sind weder menschenverträglich noch zukunftsfähig. Sie werden es auch nicht, wenn Sie Menschen in akustische Käfige hinter Schallschutzfenstern einsperren und ihnen das Genießen ihres Außenwohnbereichs verwehren. Problematisch neben dem Lärm sind auch mächtige Damm-, Brücken- und Überführungsbauwerke, die Naherholungslandschaften nicht nur akustisch, sondern auch optisch verunstalten sowie ein enormer Flächenverbrauch, verbunden mit dem Verlust großer Flächen besten Ackerlandes.

Geschäftsstelle
IG-BOHR
Eichenweg 13
79189 Bad Krozingen
Tel/Fax: 07633 -13 171
www.ig-bohr.de

Vorstand
Dr. Roland Diehl
vorstand@mut-im-netz.de

Pressesprecher
Adalbert Häge
a.haegel@igel-breisgau.de

Sparkasse Freiburg
Nördlicher Breisgau
KTO 124 652 55
BLZ 680 501 01

Sie dürfen sich daher nicht wundern, wenn sich massiver Widerstand gegen den Bau neuer Schienenwege nach alten Regeln formiert, so wie hier bei uns an Ober- und Hochrhein, wo derzeit 12 in der IG BOHR organisierte Bürgerinitiativen mit über 15.000 Mitgliedern gegen anachronistische Ausbaupläne zu Felde ziehen. Sie haben heute mit Bürgerinitiativen im Mittelrheintal und in Frankfurt die **Cooperative gegen Bahnlärm** gegründet. Anbei erhalten Sie ein Original der Gründungsurkunde mit den Globalzielen unserer Cooperative.

Die 16. BImSchV setzt Entscheidungsregeln, die von der Dreieinigkeit Bundesverkehrsministerium, Eisenbahn-Bundesamt und Deutsche Bahn AG für einen staatlichen Monopolbetrieb geschaffen wurden, die aber die Interessen der Region und der Menschen völlig unterbewerten. So soll die Billigstlösung für die Neubautrasse am Oberrhein durchgesetzt werden. Diese - einseitig die Bahn bevorzugende - Rechtslage muss geändert werden. Denn wenn das Planungsrecht so bleibt wie es heute ist, dann wird ein börsennotiertes Unternehmen mit internationalen Eigentümern mit staatlichen Machtmitteln vor den Grundrechten der Bürger geschützt. Deswegen muss der anstehende Bau neuer Schienenstrecken mit Rücksicht auf die Gesundheit, die Lebensqualität und das Immobilieneigentum der betroffenen Bevölkerung anders erfolgen, als es die Planungen der Bahn vorsehen. Die vereinigten Bürgerinitiativen werden zum Börsengang eine Begleitmusik liefern, die sich negativ auswirken wird. Denn welcher Aktionär *in spe* geht das Risiko ein, Aktien eines Unternehmens zu erwerben, wenn er nicht einmal sicher sein kann, dass die Schienenwege für den gewinnträchtigen Gütertransport gegen den erklärten Willen der Bevölkerung überhaupt gebaut und störungsfrei betrieben werden können? Die oberrheinische Bevölkerung ist spätestens seit dem AKW Wyhl für ihre Widerstandskraft bekannt.

Was also ist zu tun, damit wir unser gemeinsames Ziel – mehr Güter auf die Schiene – zügig erreichen können? Die außerordentliche Bedeutung der grenzüberschreitenden Strecke Rotterdam-Genua, die Sie treffend als „Schlagader Europas“ bezeichnen, braucht einen außerordentlichen Ansatz zu ihrer Realisierung. **Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten**, die alten Zöpfe abzuschneiden und das Projekt als ein Europäisches Modellprojekt betrachten, das mit Pilotcharakter zu realisieren ist. Für die extrem dicht besiedelten Zonen Mitteleuropas müssen zukunftsfähige Lösungen für den Gütertransport auf der Schiene möglich sein, ohne die Menschen und unsere Natur nachhaltig zu gefährden. Die Aufgabe lautet, den europäischen Kulturraum in der zentralen Achse Rotterdam-Genua mit seiner 2000-jährigen Geschichte durch solch ein durchdachtes und zukunftsweisendes Bahnprojekt weiter zu entwickeln, und nicht die Axt an dessen Stamm zu legen und ihn dem Absterben preiszugeben. Zeuge dieser traurigen, aber abwendbaren Entwicklung kann man derzeit im Mittelrheintal sein.

Ideen für ein Modellprojekt Rheintalbahn gibt es reichlich. Es sollte gelingen, im Dialog mit Raumplanern, Umweltexperten, Ingenieuren und anderen Fachleuten mit Gemeinden, Bürgerinitiativen und Anrainern eine für alle Beteiligten optimale Projektvariante zu erarbeiten, verbunden mit dem Einsatz leisesten Rollmaterials und den modernsten Schall- und Erschütterungsmaßnahmen auf dem Stand der Technik, mit Naturschutz nach EU-Regeln, mit Schutz von Orts- und Landschaftsbildern und hohen ästhetischen Anforderungen an Baukonstruktionen. All dies zusammen sollte zu einer Aufbruchstimmung führen mit einer **vorwärtsgewandten Investitionsstrategie**, die Spielräume aufgrund der durch den Güterverkehr und die LkW-Maut erzielbaren Milliardeneinnahmen nutzt.

Dies alles würden wir gerne persönlich mit Ihnen diskutieren. Wir laden Sie dazu herzlich zu einem Besuch in unsere Region am Oberrhein ein und garantieren Ihnen einen fairen Dialog. Über einen Terminvorschlag Ihrerseits freuen wir uns schon heute.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Roland Diehl
Vorsitzender des Sprechergremiums der IG BOHR